

Ausschreibung

Lieferung, Installation und Inbetriebnahme sowie Zertifizierung von Fahrgastzählsystemen für den ÖSPV in Westfalen

(kurz „Fahrgastzählsysteme für Westfalen“)

Az.: ZRL/2026_001

Zentraldokument

(Stand: 08.05.2026)

Teilnahmefrist: 08.06.2026 (12:00 Uhr)

Ansprechpartnerin für die Ausschreibung:

Lilav Majono (Projektmanagerin ZRL)

Tel. +49 176 46106383

E-Mail L.Majono@zrl.de

Zweckverband Mobilität Ruhr-Lippe (ZRL)

Bahnhofstr. 48

59423 Unna

www.zrl.de

Inhaltverzeichnis

1	Vorbemerkungen.....	4
2	Ausschreibungsgegenstand und Projektbeteiligte	5
2.1	Ausschreibungsgegenstand	5
2.2	Auftraggeber	6
2.3	Vergabe- und Kontaktstelle.....	6
2.4	Technische und juristische Beratung der Auftraggeber	7
3	Verfahrens- und Bewerbungsbedingungen.....	8
3.1	Struktur und Ablauf des Vergabeverfahrens.....	8
3.2	Zeitplan des Vergabeverfahrens	8
3.3	Verfügbarkeit der Vergabeunterlagen; Kommunikation im Verfahren.....	8
3.4	Vollständigkeit der Vergabeunterlagen; Rückfragen	9
3.5	Einreichung der Teilnahmeanträge; Form und Frist	9
3.6	Verfahrens- und Projektsprache	10
3.7	Beteiligung von Bietergemeinschaften	11
3.8	Nachunternehmer	11
3.9	Nachweis der Bewerbungsbereignung; Eignungsprüfung	11
3.9.1	Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (§ 44 VgV).....	12
3.9.2	wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (§ 45 VgV)	12
3.9.3	Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (§ 46 VgV)	13
3.9.4	Verpflichtungserklärung für den Fall der Eignungsleihe (§ 47 VgV)	13
3.10	Ausschlussgründe	14
3.11	Verpflichtung zur Tariftreue; Zahlung von Mindestlohn	14
3.12	Einhaltung LkSG-Sorgfaltspflichten	15
3.13	Einhaltung der EU-Russland-Sanktionen	15
3.14	Erstattung von Aufwendungen	15
3.15	Einstellung des Verfahrens.....	15
3.16	Wertungs- und Zuschlagskriterien; Hinweise zur Angebotsphase.....	16
3.17	Zu schließender Vertrag	16
3.18	Nachprüfung.....	17
3.18.1	Zuständige Vergabekammer	17

3.18.2	Zulässigkeit des Nachprüfungsantrages	17
3.18.3	Akteneinsichtsrecht und Geheimhaltung.....	17
3.19	Hinweise zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben nach der DSGVO ..	18
3.19.1	Rechtsgrundlagen; Zweck der Verarbeitung der personenbezogenen Daten ...	18
3.19.2	Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?	18
3.19.3	Datenverarbeitung; Weitergabe personenbezogener Daten.....	19
3.19.4	Rechte von betroffenen Personen	19
4	Anlagen	21

1 Vorbemerkungen

Der Zweckverband Mobilität Ruhr-Lippe (ZRL), der Zweckverband Mobilität Münsterland (ZVM) und der Zweckverband Personennahverkehr Westfalen-Süd (ZWS) sind ÖSPV-Zweckverbände für die Organisation, Verwaltung und Entwicklung des ÖPNV-Angebots. Sie bündeln die Interessen bzw. sind die „Stimme“ der regionalen ÖSPV-Aufgabenträger und koordinieren übergeordnete Konzepte zur Optimierung der verkehrsträger- und verkehrsunternehmensübergreifenden Mobilität.

Die genannten Organisationen beabsichtigen gemeinschaftlich als Auftraggeber die Beschaffung von autarken Fahrgastzählgeräten, die zum Einbau und Einsatz in den Bussen von angeschlossenen Verkehrsunternehmen, die in den jeweiligen Verbands- und Zuständigkeitsgebieten Linienverkehre anbieten, bestimmt sind. Über die Beschaffung der Fahrgastzählgeräte soll mit dem erfolgreichen Bieter ein mehrjähriger Rahmenvertrag geschlossen werden, aus dem insbesondere die Verkehrsunternehmen bezugs-/abrufberechtigt sind.

Die Vergabe des Auftrags erfolgt auf Grundlage des geltenden Vergaberechts, d.h. der Vorschriften des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Fassung der letzten Änderung vom 07.07.2021 (BGBl. I 2021, Seite 3274) und der Vergabeverordnung (VgV) in der Fassung der letzten Änderung vom 14.09.2021 (BGBl. I 2021, Seite 4304).

Der Auftrag wird gemäß § 17 VgV im Wege eines europaweiten Verhandlungsverfahrens mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb vergeben. Das Vergabeverfahren wird federführend und stellvertretend für alle genannten Verbände und Gesellschaften durch den Zweckverband Mobilität Ruhr-Lippe (ZRL) betreut.

Die Einzelheiten der Durchführung des Vergabeverfahrens sowie die Verfahrens- und Bewerbungsbedingungen ergeben sich aus dem vorliegenden Zentraldokument, das Projekt und die Leistungsinhalte sind in der **Anlage 1** (Leistungsbeschreibung) eingehend dargestellt.

An der Übernahme des Auftrages interessierte und im Sinne der nachfolgenden Bedingungen qualifizierte Unternehmen werden hiermit aufgefordert, sich an diesem Vergabeverfahren zu beteiligen. Diese Unternehmen werden nachfolgend als Bewerber bzw. Bieter bezeichnet.

Wir weisen darauf hin, dass aus Gründen der besseren Lesbarkeit auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet wird und sämtliche Personenbezeichnungen gleichermaßen für alle Geschlechter gelten.

2 Ausschreibungsgegenstand und Projektbeteiligte

2.1 Ausschreibungsgegenstand

Gegenstand dieser Ausschreibung ist die Lieferung von autarken Fahrgastzählsystemen, die die Anzahl der einsteigenden und aussteigenden Fahrgäste im Türbereich der Fahrzeuge messen und zusammen mit Nebeninformationen per Mobilfunk zur Landseite übertragen, sowie deren Installation, Inbetriebnahme in Linienbussen, die in den Verband- bzw. Zuständigkeitsgebieten der Auftraggeber eingesetzt sind. Darüber hinaus sind eine Zertifizierung der eingesetzten Fahrgastzählsysteme vorzunehmen, ein mandantenfähiges technisches Hintergrundsystem zur Geräteverwaltung und Fernwartung bereitzustellen und Support- und Instandhaltungsleistungen zu übernehmen.

Die Fahrzeuge werden durch verschiedene Verkehrsunternehmen betrieben und unterscheiden sich u.a. bezüglich Hersteller, Alter, Größe sowie Anzahl der Türen. Somit ergeben sich unterschiedliche Einbauvoraussetzungen zwischen den Fahrzeugen. Eine Übersicht über Busstypen, Standorte und geplante Installationstermine befindet sich in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**). Eine detaillierte Fahrzeugliste wird in der Angebotsphase bereitgestellt (**Anlage 6**).

Leistungsbeginn ist mit Zuschlagserteilung, ein erster Leistungsabruf kann ab dem 01.11.2026 erfolgen. Der Rahmenvertrag läuft zunächst bis zum 31.12.2028, die Auftraggeber behalten sich eine Verlängerung des Vertrages bis zum 31.12.2030 vor. Sollte es zu einer Verzögerung bei der Auftragsvergabe kommen, kann eine Anpassung der genannten Vertragslaufzeiten erfolgen.

Der Auftragnehmer hat sich darauf einzurichten, bis zum 31.12.2026 bis maximal 20 autarke Fahrgastzählsysteme zu liefern, zu installieren und in Betrieb zu nehmen sowie im Nachgang zertifizieren zu lassen (wobei die Zertifizierung nicht mehr im Jahr 2026 erfolgen muss). Für die Folgejahre 2027 und 2028 sind jährlich maximal 250 bzw. 200 autarke Fahrgastzählsysteme zu liefern, zu installieren und in Betrieb zu nehmen sowie zu zertifizieren; eine Mindestabrufrmenge besteht für diese Jahre nicht. Die maximale Abrufmenge über die gesamte Festvertragslaufzeit (bis 31.12.2028) beträgt 465 autarke Fahrgastzählsysteme.

Der Abruf in den Jahren ab 2027 erfolgt in Margen von jeweils 5 bis 50 Zählsystemen. Installation und Inbetriebnahme der Zählsysteme in den Bussen sind binnen drei Monaten ab dem Zeitpunkt des Abrufs vorzunehmen. Die Zertifizierung kann gebündelt je Fahrzeugtyp erfolgen, der Ablauf, das Verfahren und der Umfang der Zertifizierung ist mit den Auftraggebern abzustimmen.

Abrufberechtigt aus dem in dieser Ausschreibung zu schließenden Rahmenvertrag sind

- die auftraggebenden Zweckverbände ZRL, ZVM und ZWS bzw. ggf. deren Rechtsnachfolger;
- die ÖSPV-Aufgabenträger in den Verbandsgebieten des ZRL, ZVM und ZWS;

- alle Verkehrsunternehmen, die Buslinien in den Verbands- und Zuständigkeitsgebieten der Auftraggeber betreiben.

Die konkreten technischen Anforderungen bezüglich Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen ergeben sich aus der **Anlage 1** (Leistungsbeschreibung) zu diesem Dokument.

2.2 Auftraggeber

Gemeinsame Auftraggeber für die Lieferung, Installation und Inbetriebnahme sowie Zertifizierung der autarken Fahrgastzählsysteme sind:

der **Zweckverband Mobilität Ruhr-Lippe (ZRL)**
Bahnhofstr. 48
59423 Unna

der **Zweckverband Mobilität Münsterland (ZVM)**
Schorlemerstraße 26
48143 Münster

der **Zweckverband Personennahverkehr Westfalen-Süd (ZWS)**
Koblenzer Str. 73
57072 Siegen

Aufgrund der geplanten Neuorganisation der ÖPNV-Strukturen in Nordrhein-Westfalen (NRW) ist eine Umwandlung des ZRL vom Zweckverband in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) geplant. Die GmbH übernimmt mit Wirksamwerden der Umwandlung die Stellung des Zweckverbandes als Rechtsnachfolgerin mit allen Rechten und Pflichten aus dem ausschreibungsgegenständlichen Vertrag.

2.3 Vergabe- und Kontaktstelle

Die genannten Auftraggeber haben sich auf Basis einer Verwaltungsvereinbarung darauf verständigt, dass das vorliegende Vergabeverfahren federführend und stellvertretend für beide Auftraggeber durch den Zweckverband Mobilität Ruhr-Lippe (ZRL) betreut wird. Gleichwohl werden alle rechtserheblichen vergaberechtlichen Entscheidungen von den drei Auftraggebern gemeinsam getroffen. Kontakt- und Vergabestelle für Zwecke dieses Vergabeverfahrens ist daher insofern der:

Zweckverband Mobilität Ruhr-Lippe (ZRL)
Ansprechpartnerin: Frau Lilav Majono
Bahnhofstr. 48
59423 Unna
Tel. +49 17646106383
E-Mail: vergabestelle@zrl.de

2.4 Technische und juristische Beratung der Auftraggeber

Die Auftraggeber werden bei der Vorbereitung und Durchführung der Ausschreibung technisch beraten und begleitet durch:

Wolfgang Hagemann Consult

Saarbrückener Straße 26

30559 Hannover

Tel. 0511/9887195

E-Mail: mail@wolfgang-hagemann.de

Die Auftraggeber werden bei der Vorbereitung und Durchführung der Ausschreibung juristisch beraten und begleitet durch:

Rechtsanwalt Dr. Jan Boris Ingerowski, LL.M.

c/o ESCHE SCHÜMANN COMMICHAU

Am Sandtorkai 44

20457 Hamburg

Tel. 040/36805-602

E-Mail: janboris.ingerowski@esche.de

3 Verfahrens- und Bewerbungsbedingungen

3.1 Struktur und Ablauf des Vergabeverfahrens

Das Vergabeverfahren wird zweistufig als europaweites Verhandlungsverfahren mit vorherigem Teilnahmewettbewerb durchgeführt. Der Angebotsphase mit den Bietergesprächen ist ein Teilnahmewettbewerb vorgeschaltet, in dem die Eignung der Bewerber, d.h. deren Fachkunde und Leistungsfähigkeit im Hinblick auf die zu erbringenden Leistungen geprüft werden (vgl. § 122 GWB i.V.m. §§ 42 ff. VgV). Zudem wird in dem Teilnahmewettbewerb überprüft, ob etwaige Ausschlussgründe nach den §§ 123 oder 124 GWB gegen die Bewerber bestehen. In dem Teilnahmewettbewerb wählen die Auftraggeber geeignete Unternehmen aus, die zur Angebotsphase zugelassen und zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert werden.

3.2 Zeitplan des Vergabeverfahrens

Die Auftraggeber beabsichtigen, das Vergabeverfahren – unverbindlich – nach dem folgenden Zeitplan abzuwickeln:

08.05.2026	Bekanntmachung der Ausschreibung
08.06.2026	Frist zur Abgabe eines Teilnahmeantrages
26.06.2026	Information der Bewerber, Aufforderung zur Angebotsabgabe
14.08.2026	Frist zur Abgabe eines Erstantgebotes
KW 37/2026	Bietergespräche
22.09.2026	Aufforderung zur Abgabe finaler Angebote
05.10.2026	Frist zur Abgabe eines finalen Angebotes
24.10.2026	voraussichtliche Zuschlagserteilung
03.11.2026	Ablauf Angebotsbindefrist

3.3 Verfügbarkeit der Vergabeunterlagen; Kommunikation im Verfahren

Die für dieses Vergabeverfahren einschlägigen Vergabeunterlagen sind einschließlich etwaiger Änderungen im Verfahren sowie ergänzender Bewerberinformationen für die Dauer des gesamten Vergabeverfahrens im Vergabeportal „Deutsches Vergabeportal (DTVP)“ (www.dtv.de) unter dem in der EU-Bekanntmachung mitgeteilten Link veröffentlicht.

Die Bewerber/Bieter haben ihren Teilnahmeanträgen und Angeboten ausschließlich die zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist geltende Fassung der Vergabeunterlagen sowie die ggf. dort ebenfalls eingestellten Bewerber-/Bieterinformationen zugrunde zu legen.

3.4 Vollständigkeit der Vergabeunterlagen; Rückfragen

Die Bewerber haben die Vergabeunterlagen unverzüglich nach dem Herunterladen aus dem Vergabeportal auf Vollständigkeit zu prüfen und ggf. fehlende Inhalte bei der unter 2.3 genannten Vergabe- und Kontaktstelle der Auftraggeber nachzufordern.

Enthalten die Vergabeunterlagen einschließlich Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten oder ergibt sich sonstiger Klärungs-/Auskunftsbedarf, hat der Bewerber die unter 2.4 genannte Vergabe- und Kontaktstelle der Auftraggeber unverzüglich – und vor Abgabe eines Teilnahmeantrages/Angebotes – in ausschließlich elektronischer Form unter Verwendung der Nachrichten-Funktion des Vergabeportals hierüber zu informieren. Auf anderen Wegen gestellte Rückfragen werden nicht beantwortet.

Rückfragen sollen bitte bis spätestens zum **28.05.2026** gestellt werden, um eine sachgerechte Prüfung und Beantwortung zu gewährleisten. Spätere Rückfragen können noch beantwortet werden, wenn dies unter Abwägung der Auftraggeber- und der Bewerberinteressen aus Sicht der Auftraggeber geboten erscheint.

Die Beantwortung gestellter Rückfragen erfolgt für alle fristgerecht eingegangenen Bewerberfragen spätestens sechs Tage vor Ablauf der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge (vgl. § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 VgV).

Soweit Bewerberfragen und Antworten für die Erstellung der Teilnahmeanträge relevant sind, veröffentlichen die Auftraggeber die Bewerberfragen (in anonymisierter Form) und die zugehörigen Antworten ausschließlich elektronisch als allgemeine Bewerberinformation in dem Vergabeportal unter dem in der EU-Bekanntmachung mitgeteilten Link. Die Bewerber haben sich fortlaufend und eigeninitiativ über den aktuellen Stand der unter diesem Link veröffentlichten Vergabeunterlagen nebst Bewerberinformationen sowie weiteren Dokumente zu informieren.

3.5 Einreichung der Teilnahmeanträge; Form und Frist

Die vollständigen Teilnahmeanträge sind bis spätestens zum **08.06.2026, 12:00 Uhr** über das Vergabeportal „Deutsches Vergabeportal (DTVP)“ unter dem in der zugehörigen EU-Bekanntmachung genannten Link einzureichen. Verspätete Teilnahmeanträge werden nicht berücksichtigt.

Alle von den Bewerbern geforderten Angaben sind vollständig vorzunehmen.

Die Teilnahmeanträge haben folgende Bestandteile zu umfassen:

- Den vollständig ausgefüllten Teilnahmeantrag (**Anlage T**).

- Eine Erklärung über das Vorliegen etwaiger Ausschlussgründe und ggf. ergriffener Maßnahmen zur Selbstreinigung (die Erklärung erfolgt unter Verwendung von **Anlage A**).
- Die unter 3.9.1 bis 3.9.4 geforderten Erklärungen und Nachweise zur Eignungsprüfung (soweit für abzugebende Erklärungen auf vorgegebene Formblätter/Anlagen verwiesen wird, sind diese zwingend zu verwenden).
- Eine Erklärung über die Wahrung der Tariftreue und zur Zahlung des gesetzlichen Mindestlohnes (die Erklärung erfolgt unter Verwendung von **Anlage M**).
- Eine Erklärung zur Einhaltung der EU-Russland-Sanktionen (die Erklärung erfolgt unter Verwendung von **Anlage S**).
- Eine Eigenerklärung über die Einhaltung der Sorgfaltspflichten des LkSG (die Erklärung erfolgt unter Verwendung der **Anlage Lk**).
- Sofern zutreffend: Erklärung über die Bildung einer Bietergemeinschaft (die Erklärung erfolgt unter Verwendung von **Anlage B**).
- Sofern zutreffend: Erklärung über den Einsatz von Nachunternehmern (die Erklärung erfolgt unter Verwendung von **Anlage N**).
- Sofern zutreffend: Erklärung zur Eignungsleihe (die Erklärung erfolgt unter Verwendung von **Anlage E** nebst einer Verpflichtungserklärung des Dritten **Anlage V**) gemäß den Anforderungen aus Ziffer 3.9.4.

Die Teilnahmeanträge und Angebote sowie etwaige weitere Korrespondenz im Verfahren werden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vertraulich behandelt. Die von den Bietern erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert.

3.6 Verfahrens- und Projektsprache

Sämtliche schriftliche und mündliche Kommunikation während des Vergabeverfahrens und in der Projektabwicklung hat ausschließlich in deutscher Sprache zu erfolgen. Teilnahmeanträge und Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen, dies gilt auch für sämtliche den Teilnahmeanträgen und Angeboten beizufügenden Erklärungen, Nachweise und sonstige Unterlagen, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt und zugelassen ist.

Fremdsprachige Schriftstücke müssen im Original aber auch in einer deutschen Übersetzung eines anerkannten vereidigten Übersetzers vorliegen. Die Bieter tragen die Verantwortung für die korrekte Übersetzung der eingereichten Nachweise und Erklärungen.

Sämtliche im Rahmen des Auftrags zu erstellenden und bereit zu stellenden Dokumente o.ä. sind in deutscher Sprache zu verfassen. Sollten insoweit Einschränkungen bestehen, etwa für technische Dokumente, u.a., hat ein Bieter dies ausdrücklich mit seinem Angebot mitzuteilen.

3.7 Beteiligung von Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften sind zur Teilnahme an der Ausschreibung zugelassen, soweit ihr Zusammenschluss wettbewerbsrechtlich zulässig ist. Sie haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung der Bietergemeinschaft einzureichen und eines der Mitglieder der Bietergemeinschaft als bevollmächtigten Vertreter für die Durchführung des Vergabeverfahrens sowie den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu benennen. Die gemeinsame Erklärung der Mitglieder der Bietergemeinschaft ist unter Verwendung der **Anlage B** abzugeben. Hierin ist auch Beschreibung der vorgesehenen Aufgabenverteilung zwischen den Mitgliedern der Bietergemeinschaft vorzunehmen sowie eine Darlegung der Gründe und Motive für den Zusammenschluss.

3.8 Nachunternehmer

Der Auftragnehmer ist berechtigt, Teile der Leistung durch Dritte (Nachunternehmer) erbringen zu lassen. Der Bieter hat bereits in seinem indikativen Angebot Art und Umfang der Leistungen anzugeben, die er an Nachunternehmer übertragen will; die vorgesehenen Nachunternehmer (soweit bereits bekannt) sind zu benennen (die Erklärung erfolgt unter Verwendung von **Anlage N**). Die erst nachträgliche Mitteilung von Nachunternehmerleistungen ist ausgeschlossen.

3.9 Nachweis der Bewerbung; Eignungsprüfung

Die Bewerber haben mit Ihrem Teilnahmeantrag ihre Eignung für die in Rede stehenden Dienst- und Lieferleistungen nachzuweisen. Dies hat durch Vorlage der nachfolgend unter 3.9.1 bis 3.9.4 genannten Eigenerklärungen und Nachweise geschehen.

Auf die Möglichkeit der Eignungslleihe und die diesbezüglichen Anforderungen (§ 47 VgV) wird hingewiesen. Nähere Einzelheiten regelt Ziffer 3.9.4.

Im Falle einer Bietergemeinschaft sind für jedes beteiligte Mitglied die nachfolgend unter Ziffern 3.9.1 bis 3.9.3 genannten Eigenerklärungen und Nachweise mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Die Auftraggeber beurteilen die Eignung der Bietergemeinschaft für die Leistungserbringung in der Gesamtschau der durch die vorgelegten Erklärungen und Nachweise zum Ausdruck kommenden Leistungsfähigkeit und Fachkunde; das Vorliegen von Ausschlussgründen (siehe dazu Ziffer 3.10) wird hingegen individuell für jedes einzelne Mitglied der Bietergemeinschaft geprüft.

Die Auftraggeber behalten sich im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen vor, fehlende Erklärungen oder Nachweise nachzufordern (vgl. § 56 Abs. 2 VgV). Die Bewerber haben jedoch keinen Anspruch auf die Nachforderung bzw. Nachreichung von Erklärungen oder Nachweisen.

Die Auftraggeber behalten sich des Weiteren vor, im Rahmen der Prüfung der Teilnahmeanträge weitere oder ergänzende Erklärungen oder Nachweise unter angemessener Fristsetzung nachzufordern, soweit sie dieses im Rahmen der Eignungsprüfung für erforderlich halten. Hierauf haben sich die Bieter bereits mit Einreichung des Teilnahmeantrags einzustellen, so dass sie in der Lage sein müssen, die entsprechenden Erklärungen und Nachweise ggf. unverzüglich vorzulegen.

Die vorzulegenden Erklärungen und Nachweise haben den jeweils aktuellen Stand auszuweisen und dürfen bei Angebotsschluss nicht älter als sechs Monate sein. Die Vorlage von Kopien ist ausreichend; die Auftraggeber behalten sich jedoch vor, ggf. die Vorlage der Originale zu verlangen.

Sollte ein Bieter der Nachforderung nicht fristgerecht nachkommen, kann dieser Bieter vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden.

3.9.1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (§ 44 VgV)

- Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister für den Bewerber bzw. die Mitglieder der Bergwerksgemeinschaft (sofern zutreffend).

3.9.2 wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (§ 45 VgV)

- Nachweis des Bewerbers, dass er über eine Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mind. 3.000.000 € für Sach- und Vermögensschäden verfügt (Vorlage der Versicherungspolice). Ggf. hat der Bewerber sich zu verpflichten, im Auftragsfall eine solche für die Vertragsdauer inkl. Gewährleistungszeit abzuschließen und dies im Teilnahmeantrag (formlos) zu erklären. Ergänzend ist die Bestätigung eines Versicherers vorzulegen, dass dieser zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung für den Bewerber bereit ist. Bei Bildung einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ist dafür Sorge zu tragen, dass die Versicherung sich in voller Höhe auf sämtliche Mitglieder gemeinsam erstreckt.
- Eigenerklärung des Bewerbers zu seinen Gesamtumsätzen in den Jahren 2023, 2024 und 2025 (die Erklärung erfolgt auf der **Anlage L**).
- Eigenerklärung des Bewerbers zu den anteiligen Jahresumsätzen für mit dem Vergabegenstand vergleichbare Leistungen in den Jahren 2023, 2024 und 2025 (die Erklärung erfolgt auf der **Anlage L**).

3.9.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (§ 46 VgV)

- Eigenerklärung des Bewerbers über die Anzahl seiner Mitarbeitenden insgesamt und bezogen auf das auftragsgegenständliche Geschäftsfeld jeweils für die Jahre 2023, 2024 und 2025 (die Erklärung erfolgt auf der **Anlage L**).
- Eigenerklärung des Bewerbers über die Anzahl seiner Mitarbeitenden in der Entwicklung, sowie die Anzahl seiner Mitarbeiter im Support jeweils zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrags (die Erklärung erfolgt auf der **Anlage L**).
- Vorlage einschlägiger Referenzen über die Lieferung und Wartung sowie Zertifizierung von AFZ-Systemen in Bussen seit dem 01.01.2022 und dem Schluss des Teilnahmewettbewerbs; hierfür ist die **Anlage R** zu verwenden. **Die Referenzen haben zwingend die in Anlage R beschriebenen Mindestanforderungen zu erfüllen; die Nichterfüllung von in der Anlage R genannten Mindestanforderungen an Referenzen führt zum Ausschluss des Teilnahmeantrages.** Für jedes Referenzprojekt ist bitte ein eigenes Formblatt auszufüllen, die Anlage ist hierfür in entsprechender Anzahl zu vervielfältigen.

3.9.4 Verpflichtungserklärung für den Fall der Eignungsleihe (§ 47 VgV)

Sofern der Bewerber sich zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und/oder technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit ganz oder teilweise auf ein Drittunternehmen beruft (Eignungsleihe, § 47 VgV), ist eine entsprechende Verpflichtungserklärung des Drittunternehmens mit dem Teilnahmeantrag einzureichen; hierzu ist die **Anlage V** zu verwenden.

Sofern der Bewerber die Kapazitäten eines Drittunternehmens im Hinblick auf die erforderliche technische oder berufliche Leistungsfähigkeit in Anspruch nimmt, muss nach dem Inhalt der Verpflichtungserklärung (**Anlage V**) die rechtlich und tatsächlich abgesicherte Verfügbarkeit über die Leistungsfähigkeit und Ressourcen des Drittunternehmens nachgewiesen sein und dargelegt und erklärt werden, welche Leistungen, für die der Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit erforderlich ist, im Auftragsfalle durch das eignungsverleihende Drittunternehmen bei dem hier ausgeschriebenen Auftrag erbracht werden.

Sofern der Bewerber die Kapazitäten eines Drittunternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch nimmt, muss nach dem Inhalt der Verpflichtungserklärung (**Anlage V**) die rechtlich und tatsächlich abgesicherte Verfügbarkeit über die Leistungsfähigkeit und Ressourcen des Drittunternehmens nachgewiesen sein und hat das Drittunternehmen sich zu verpflichten, im Falle der Auftragsvergabe an den Bewerber gemeinsam mit diesem für die ordnungsgemäße Ausführung des hier ausgeschriebenen Auftrags zu haften.

Die Verpflichtungserklärung (**Anlage V**) ist durch das Drittunternehmen rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

3.10 Ausschlussgründe

Der Bewerber hat mit seinem Teilnahmeantrag nachzuweisen, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie keine Ausschlussgründe gemäß § 19 Abs. 3 MiLoG, § 21 Abs. 3 AEntG und § 98c AufenthG gegen ihn bestehen. Der Nachweis über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen erfolgt durch Eigenerklärung unter Verwendung von **Anlage A**.

Daneben führen insbesondere folgende Gründe zum Ausschluss eines Teilnahmeantrags (siehe § 57 Abs. 1 VgV):

- Teilnahmeanträge, die nicht form- oder fristgemäß eingegangen sind, es sei denn, der Bewerber hat dies nicht zu vertreten.
- Teilnahmeanträge, die nicht die geforderten Unterlagen enthalten.
- Teilnahmeanträge, in denen Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen nicht dokumentenecht und zweifelsfrei sind.
- Veränderungen des Bewerbers an den Vergabeunterlagen.

Bei einer **Bietergemeinschaft** wird das Vorliegen von Ausschlussgründen auch individuell für jedes einzelne Mitglied geprüft; gegen kein Mitglied dürfen Ausschlussgründe bestehen. Für die Prüfung hat jedes Mitglied die vorgenannte Eigenerklärung unter Verwendung der angegebenen Formblätter abzugeben; alternativ kann die Erklärung auch durch gemeinschaftliche Unterzeichnung der Formblätter durch alle Mitglieder der Bietergemeinschaft abgegeben werden.

Im Falle der vorgesehenen Beauftragung von **Nachunternehmern** wird auch für diese das Vorliegen von Ausschlussgründen geprüft; gegen vorgesehene Nachunternehmer dürfen keine Ausschlussgründe bestehen. Für die Prüfung hat jeder vorgesehene Nachunternehmer die vorgenannte Eigenerklärung (**Anlage A**) selbst abzugeben.

Im Falle der vorgesehenen **Eignungsleihe** wird auch für das eignungsverleihende Unternehmen das Vorliegen von Ausschlussgründen geprüft; gegen das Unternehmen dürfen keine Ausschlussgründe bestehen. Für die Prüfung sind auch für das eignungsverleihende Unternehmen die vorgenannten Eigenerklärungen unter Verwendung der entsprechenden Formblätter abzugeben.

3.11 Verpflichtung zur Tariftreue; Zahlung von Mindestlohn

Mit seinem Teilnahmeantrag hat der Bewerber bzw. jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft unter Verwendung von **Anlage M** zu erklären, dass er und ggf. eingesetzte Nachunternehmer das Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Mindestlohn bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG NRW) vom 22.03.2018 (GV. NRW. S. 172) in der jeweils geltenden Fassung einhalten werden. Außerdem, dass er seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für die Ausführung der auf der Grundlage dieses

Vergabeverfahrens zu erbringenden Leistungen ein Mindestentgelt nach den Vorgaben der einschlägigen Mindestlohngesetze, insbesondere des Mindestlohngesetzes (MiLoG) vom 11.08.2014 (BGBl. I Seite 1348) sowie des § 2 TVgG NRW in der jeweils geltenden Fassung, oder ein Mindestentgelt nach den in § 1 Abs. 3 MiLoG in Bezug genommenen Vorschriften gemäß den jeweils dort vorgesehenen Bedingungen zahlen wird.

3.12 Einhaltung LkSG-Sorgfaltspflichten

Der Bieter hat mit seinem Angebot unter Verwendung des Formblatts in **Anlage Lk** zu erklären, dass er und von ihm eingesetzte Nachunternehmer sowie seine Lieferanten und deren Nachunternehmer die unternehmerischen Sorgfaltspflichten nach dem LkSG zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten respektieren und sicherstellen.

3.13 Einhaltung der EU-Russland-Sanktionen

Zudem hat der Bieter mit seinem Angebot die Einhaltung der EU-Russland-Sanktionen – auch während der Vertragslaufzeit – zu versichern. Hierzu hat der Bieter zu erklären, dass er nicht zu den in Art. 5k Abs. 1 lit. a) bis c) der RUS-SanktionenVO genannten Personen, Einrichtungen oder Organisationen gehört und er keinen Nachunternehmer beschäftigen wird, der zu den zuvor genannten Gruppen gehört, sofern der Nachunternehmer mit Leistungen betraut wird, die mehr als 10% des Auftragswerts ausmachen (werden). Die Zusicherung erfolgt durch Eigenerklärung unter Verwendung des Formblatts in **Anlage S**.

3.14 Erstattung von Aufwendungen

Aufwendungen des Bieters bei der Erstellung des Teilnahmeantrages und ihres Angebotes werden nicht erstattet.

3.15 Einstellung des Verfahrens

Die Auftraggeber behalten sich vor, das Vergabeverfahren jederzeit durch Aufhebung des Verfahrens oder Verzicht auf die Auftragserteilung zu beenden. Ein Verzicht auf die Auftragserteilung kommt allerdings nur dann in Betracht, wenn die Fortführung des Vergabeverfahrens für die Auftraggeber nicht mehr sinnvoll und/oder zweckmäßig ist. Ein Verzicht auf die Auftragserteilung kann daher grundsätzlich nur in den gesetzlich genannten Fällen erfolgen, wenn

- kein Teilnahmeantrag/Angebot eingegangen ist, das den Bewerbungsbedingungen dieser Vergabeunterlagen entspricht,
- die Vergabeunterlagen grundlegend geändert werden müssen, oder
- andere schwerwiegende Gründe bestehen.

3.16 Wertungs- und Zuschlagskriterien; Hinweise zur Angebotsphase

Bei dieser Ausschreibung ist Zuschlagskriterium nicht ausschließlich der Preis, sondern daneben auch die Qualität der angebotenen Leistungen. Die Gewichtung der Zuschlagskriterien ist der Bekanntmachung zu entnehmen.

Im Rahmen der Qualitätswertung werden die Angebote dahingehend geprüft und beurteilt, inwieweit die angebotenen Leistungen hinsichtlich ihrer technischen Qualität und Ausgereiftheit sowie Wartbarkeit, Usability in der Anwendung, Konfigurierbarkeit, zu erwartendem Aufwand bei der Einführung und im laufenden Betrieb sowie Qualität von Dokumentation und Support die Anforderungen und Erwartungen der Auftraggeber erfüllen.

Grundlage der Qualitätswertung sind u.a. von den Bietern mit dem Erstangebot schriftlich zu unterbreitende Erläuterungen und Konzepte zu den zu erbringenden Leistungen; hierzu wird der Auftraggeber in der Angebotsphase ein entsprechendes Formblatt zur Verfügung stellen (**Anlage 4**). Im Rahmen der späteren Verhandlungen besteht dann Gelegenheit zu einer Angebotspräsentation und technischen Vorführung der angebotenen Hard- und Software. Die Vorführung dient der Verifikation der schriftlichen Bieterangaben aus dem Erstangebot; die Angebotspräsentation ist wertungsrelevant, insbesondere bezüglich des technische Hintergrundsystems samt Diagnose- und Konfigurationstools.

Im Anschluss an die Verhandlungen erfolgt eine Aufforderung zur Abgabe von finalen Angeboten mit der Gelegenheit zur Überarbeitung und Anpassung der Erläuterungen und Konzepte.

Mit der Einladung zur Angebotsphase werden die Auftraggeber weitere Hinweise zur Angebotsphase der gegenständlichen Ausschreibung erteilen, insbesondere zu den Anforderungen an die Verhandlungen und zur Angebotswertung samt ausdifferenzierter Wertungs-/Zuschlagskriterien (Wertungsmatrix, **Anlage 2**). Sofern darüber hinaus erforderlich werden die Auftraggeber die Bieter durch Verfahrensbriefe, o.ä. über das Vergabeportal „Deutsches Vergabeportal (DTVP)“ Informieren.

3.17 Zu schließender Vertrag

Mit der Einladung zur Angebotsphase werden die Auftraggeber den Entwurf eines Rahmen-Liefer- und Dienstleistungsvertrages über die ausschreibungsgegenständlichen Leistungen, der bei Zuschlag/Vertragsschluss mit dem erfolgreichen Bieter geschlossen werden soll, bereitstellen (**Anlage 5**). In der Angebotsphase können Anmerkungen und Anregungen zu dem Vertragsentwurf unterbreitet werden; Verhandlungen über Vertragsinhalte nach Abschluss des Vergabeverfahrens sind ausgeschlossen;

Allgemeine Geschäfts-, Liefer- und Zahlungsbedingungen des Bieters/Auftragnehmers werden nicht Vertragsbestandteil. Ihre Beifügung kann als Abweichung von den Vorgaben der Vergabeunterlagen zu beurteilen sein und einen Ausschluss des Teilnahmeantrages/Angebotes nach sich ziehen (§ 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV).

3.18 Nachprüfung

3.18.1 Zuständige Vergabekammer

Zuständig für die Nachprüfung von Vergabeverstößen – vgl. §§ 155 ff. GWB – ist die:

Vergabekammer Westfalen (bei der Bezirksregierung Münster)

Albrecht-Thaer-Straße 9

48147 Münster

Telefax: 0251 411-2165

Mail: vergabekamme@bezreg-muenster.nrw.de

3.18.2 Zulässigkeit des Nachprüfungsantrages

Es wird darauf hingewiesen, dass ein Antrag auf Nachprüfung zur Vergabekammer gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB unzulässig ist, soweit

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber den Auftraggebern nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber den Auftraggebern gerügt wurden;
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber den Auftraggebern gerügt wurden;
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeber, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

3.18.3 Akteneinsichtsrecht und Geheimhaltung

Es wird darauf hingewiesen, dass im Falle eines Nachprüfungsverfahrens die hieran Beteiligten die Vergabeakten bei der Vergabekammer einsehen und sich durch die Geschäftsstelle auf ihre Kosten Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften hiervon erteilen lassen können (§ 165 Abs. 1 GWB). Dies umfasst grundsätzlich auch den Inhalt der Teilnahmeanträge und der Angebote konkurrierender Bewerber/Bieter.

Allerdings kann die Vergabekammer die Einsicht in die Vergabeakten bzw. in die Teilnahmeanträge und Angebote konkurrierender Bewerber/Bieter aus wichtigen Gründen, insbesondere zum Zwecke des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen, versagen (§ 165 Abs. 2 GWB). Es wird den Bewerbern/Bietern daher empfohlen, bereits mit der Abgabe der Teilnahmeanträge/Angebote kenntlich zu machen, welche Teile ihrer Teilnahmeanträge/Angebote aus Gründen des Schutzes von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen der Einsichtnahme durch andere Bewerber/Bieter nicht zugänglich gemacht werden sollten.

3.19 Hinweise zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben nach der DSGVO

Im Rahmen dieses Vergabeverfahrens werden neben unternehmensbezogenen Daten auch personenbezogene Daten erhoben. Mit diesem Datenschutzhinweis informiert der Auftraggeber die Bieter über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten.

3.19.1 Rechtsgrundlagen; Zweck der Verarbeitung der personenbezogenen Daten

Die Verarbeitung personenbezogener Daten dient der Durchführung des gegenständlichen Vergabeverfahrens und erfolgt auf Grundlage von § 3 DSG NRW i.V.m. Art. 6 Abs. 1 lit. b, c und e DSGVO. Ohne die Daten sowie die erforderlichen Auskünfte kann in diesem Vergabeverfahren kein Zuschlag erteilt werden, da abgegebene Angebote unvollständig und damit auszuschließen sind.

3.19.2 Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Der Auftraggeber erhebt, verarbeitet und nutzt die Daten, die von den Bietern im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellt werden. Das sind insbesondere:

- Persönliche Kontaktdaten und Namen von Bietern, soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt, und Kontaktdaten von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Bieter (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer),
- Daten zur Qualifikation/Eignung eingesetzter Beschäftigter des Bieters und
- Referenzen über in der Vergangenheit ausgeführte vergleichbare Leistungen.

Eine Datenerhebung darüber hinaus erfolgt nur, sofern der Auftraggeber dazu rechtlich verpflichtet ist oder ein Bieter eingewilligt hat.

3.19.3 Datenverarbeitung; Weitergabe personenbezogener Daten

Die erhobenen Daten werden im Rahmen des Vergabeverfahrens dokumentiert und der Vergabeakte beigelegt. Personenbezogene Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder ein Bieter in die Übermittlung eingewilligt hat.

Zu den Empfängern aufgrund einer gesetzlich zulässigen Übermittlung können insbesondere gehören:

- Unterlegene Bieter, die nach § 134 Abs. 1 GWB über das zu Annahme vorgesehene Angebot informiert werden;
- bei einer Auftragssumme ab 30.000,00 EUR (ohne USt.) muss der Auftraggeber für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister einholen;
- Vergabekammern im Falle eines Nachprüfungsverfahrens sowie
- Gerichte im Falle von Klagen.

Für die Verarbeitung und Speicherung der personenbezogenen Daten gelten die landesrechtlichen Aufbewahrungsfristen für Vergabeunterlagen.

3.19.4 Rechte von betroffenen Personen

Betroffene Personen haben nach der DSGVO verschiedene Rechte. Nähere Informationen ergeben sich insbesondere aus Art. 15 bis 18 und 21 DSGVO:

- Es besteht gegen den Auftraggeber ein Recht auf Auskunft der von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten.
- Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die personenbezogenen Daten der betroffenen Person nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten kann - unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung - eine Vervollständigung verlangt werden.
- Die betroffene Person kann die Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Der Anspruch hängt jedoch u.a. davon ab, ob die Daten noch zur Erfüllung der Aufgaben benötigt werden.
- Die betroffene Person hat das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.
- Soweit die personenbezogenen Daten der Betroffenen auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO verarbeitet werden, hat die betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der sie betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht. Ebenso kann entgegenstehen, wenn die Verarbeitung für die Durchführung des Vergabeverfahrens oder die Abwicklung des

Vertrages weiterhin erforderlich ist. Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Person des Auftraggebers zu richten.

- Jede betroffene Person hat das Recht, sofern personenbezogene Daten auf der Grundlage einer Einwilligung verarbeitet werden, diese Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt von dem Widerruf unberührt. Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Person des Auftraggebers zu richten.

Jede betroffene Person kann sich unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wenden, wenn sie der Auffassung ist, dass die Auskunft gebende Stelle ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist.

**Landesbeauftragter für den Datenschutz und die
Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen**
Kavalleriestraße 2-4, 40213 Düsseldorf
Tel. 0211/38424-0; Fax 0211/38424-999
E.Mail: poststelle@ldi.nrw.de

4 Anlagen

Anlage A - Erklärung zu Ausschlussgründen und zur Selbstreinigung
Anlage B - Erklärung über die Bildung einer Bietergemeinschaft
Anlage E - Erklärung über die Eignungsleihe
Anlage L - Erklärung zur Leistungsfähigkeit
Anlage Lk - Erklärung zur Einhaltung der LkSG-Sorgfaltspflichten
Anlage M - Erklärung zur Tariftreue und zum gesetzlichen Mindestlohn
Anlage N - Erklärung über den Einsatz von Nachunternehmern
Anlage R - Erklärung über Referenzprojekte
Anlage S - Erklärung zur Einhaltung der Russland-Sanktionen
Anlage T - Teilnahmeantrag
Anlage V - Verpflichtungserklärung des Eignungsverleihers

Anlage 1 - Leistungsbeschreibung
Anlage 2 - Wertungsmatrix (*)
Anlage 3 - Preisblatt
Anlage 4 - Erläuterungen und Konzepte des Bieters (*)
Anlage 5 - Vertragsentwurf (*)
Anlage 6 - Fahrzeugliste (*)
Anlage 7 - Entwurf des Abnahme- und Inbetriebnahmeprotokolls (*)
Anlage 8 - Schnittstellenbeschreibung für Zählrohdaten (*)

(*) wird in der Angebotsphase veröffentlicht